



Bürger ernst nehmen.
Wohlstand sichern.
Zukunft gestalten.

Programm für Deutschland

www.freiewaehler.eu

Verabschiedet auf der Bundesmitgliederversammlung
der FREIE WÄHLER Bundesvereinigung am 11. Mai 2013 in Berlin.

FREIE WÄHLER Bundesvereinigung

Mühlenstraße 1

27777 Ganderkesee

Tel.: +49 (0) 4222 2094925

Fax.: +49 (0) 4222 2094923

freiewaehler.eu

[facebook.com/FreieWaehlerBund](https://www.facebook.com/FreieWaehlerBund)

twitter.com/FW_Bund



Hinweis: Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der Regel auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Bezeichnungen verzichtet. In diesen Fällen beziehen sich alle personenbezogenen Bezeichnungen in selbstverständlich auf beide Geschlechter.

PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND

Bürger ernst nehmen. Wohlstand sichern. Zukunft gestalten.....	5
1. Währung stabilisieren, Rettungsschirm-Politik beenden	6
2. Kommunen stärken, mehr Demokratie ermöglichen	8
a. Für starke Kommunen in ganz Deutschland.....	8
b. Mehr Bürgerbeteiligung, starke Parlamente und saubere Politik.....	9
3. Solides Haushalten und eine gerechte Finanzpolitik	11
4. Wohlstand für die Zukunft sichern.....	13
a. Wirtschaft und Mittelstand fördern	13
b. Landwirtschaft fördern	14
c. Arbeitsbedingungen verbessern	16
d. Für einen starken und effizienten öffentlichen Dienst	17
d. Infrastruktur ausbauen, Mobilität ermöglichen.....	18
5. Eine ernsthafte Energiewende und eine saubere Umwelt.....	20
a. Für eine Energiewende im Sinne der Bürger.....	20
b. Umweltpolitik für den Erhalt der Schöpfung und unserer Heimat	21

6. Gemeinsam leben in einer solidarischen Gesellschaft	23
a. Familien stärken	23
b. Junge Menschen fordern und fördern.....	24
c. Aktives Altern fördern, Altersarmut bekämpfen, Rente sichern.	25
d. Eine bessere Pflege ermöglichen.....	26
e. Den demographischen Wandel aktiv gestalten	27
f. Bürgerschaftliches Engagement stärken	28
g. Unsere Integrations- und Asylpolitik	28
7. Ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem	30
8. Bildung - Unseren Rohstoff fördern!.....	32
a. Frühkindliche Bildung stärken.....	32
b. Schulbildung zukunftsfähig machen	33
c. Mehr Engagement in der beruflichen Bildung	34
d. Den Hochschulstandort Deutschland stärken.....	34
9. Individuelle Freiheit ermöglichen	36
a. Sicher leben in Deutschland	36
b. Für eine unabhängige und wohnortnahe Justiz.....	37
c. Die Freiheit und Dezentralität des Internets sichern	38
d. Kultur und Medienvielfalt in Deutschland stärken	39
e. Verbraucherschutz stärken, Lebensmittelskandale verhindern	41
10. Ein starkes Europa der Bürger und Regionen in der Welt	42
a. Ein Plädoyer für eine Reform der Europäischen Union	42
b. Deutsche Außenpolitik mit Verantwortung.....	45

BÜRGER ERNST NEHMEN.

WOHLSTAND SICHERN.

ZUKUNFT GESTALTEN.

Wir FREIEN WÄHLER sehen die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt unserer Politik. Wir kümmern uns um die Probleme und Sorgen der Menschen vor Ort und sind entschlossen, Deutschland eine bessere und aussichtsreichere Zukunft zu ermöglichen. Wir treten zur Bundestagswahl an, um ohne Parteiideologie im Interesse aller Menschen in Deutschland sachbezogen Politik zu gestalten. Wir wollen Alternativen aufzeigen und der Bundespolitik neue Orientierung geben.

Wir FREIEN WÄHLER sind Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, die politische Verantwortung zum Wohle der Menschen in unserem Land übernehmen wollen. Wir wollen die Bürger stärker in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen und die direkte Demokratie stärken.

Wir wollen eine Bürgergesellschaft, die sich in Freiheit entfalten kann, in der der Zusammenhalt unter den Menschen wieder wächst und in der unsere Werte wie Solidarität, Toleranz und Weltoffenheit gestärkt werden. Wir wollen Bewährtes erhalten und mit den Anforderungen der modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt vereinen.

Unsere Politik stellt den Menschen und dessen Wohl in den Mittelpunkt. Durch unsere starke kommunale Verwurzelung können wir unsere, über Jahre gesammelten Erfahrungen aus Rathäusern und Kommunalparlamenten, einbringen. Um das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland zu gestalten, schaffen wir Rahmenbedingungen, die jedem Einzelnen die faire Chance bieten, sein Leben in Eigenverantwortung und nach seinen Wünschen zu führen. Ein Leben in Sicherheit sowie das Streben nach Wohlstand und Glück sind Grundbedürfnisse der Menschen und damit Auftrag unserer Politik.

Mit unserem Programm wollen wir dies verwirklichen und treten zur

Bundestagswahl am 22. September 2013 an.

1. WÄHRUNG STABILISIEREN, RETTUNGSSCHIRM-POLITIK BEENDEN

Die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wirken sich bis heute auf unser Leben in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aus. Zunehmende Arbeitslosigkeit in Europa, weltweit zurückgehendes Wirtschaftswachstum bis hin zu Rezession, Wohlstandsverlust, Unsicherheit an den Märkten und schließlich die ungelöste Verschuldungskrise im Euro-Raum erfordern sachgerechte Antworten der Politik.

Wir brauchen Rahmenbedingungen für eine stabile Gemeinschaftswährung. Sie ist die Grundlage für Wohlstand und eine nachhaltig florierenden Wirtschaft in Deutschland und Europa. Dazu muss die Währungsarchitektur der EU grundlegend überarbeitet werden, um den Euro wieder auf ein solides Fundament zu stellen. Die Bundesregierung zeigte sich bis heute orientierungslos: „Rote Linien“ werden häufig neu gezogen und dann verletzt. An die Stelle der Richtlinienkompetenz der Kanzlerin trat die strategielose Entscheidungsfindung im steten Koalitionszwist.

Die Fraktionen im Bundestag nahmen ihre Verantwortung nicht wahr. Weitgehend geschlossen nickten alle Fraktionen der politischen Mitte kritiklos Rettungsschirme, Hilfszahlungen und sogar Änderungen des Grundgesetzes ab, ohne sich über die Risiken und Auswirkungen ihrer möglichen Entscheidungen ausreichend zu informieren.

Unsere Linien sind klar: Wir stehen zum Euro. Seine Stabilität ist unser zentrales Ziel. Dieses ist aber gerade durch die ausufernde Rettungsschirmpolitik gefährdet. Wir stehen für ein Europa in dem das Recht nicht gebeugt oder gar gebrochen wird. Verträge müssen gehalten werden und derjenige, der Risiken übernimmt, muss in letzter Konsequenz dafür einstehen. Wir stehen zu dem Grundsatz, den die europäischen Staats- und Regierungschefs in Maastricht vereinbarten: Jedes Land haftet für seine Schulden selbst.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✳️ Einen starken Euro, der so attraktiv sein muss, dass letztlich alle EU-Länder der Eurozone beitreten wollen.
- ✳️ Die Einführung einer Parallelwährung für Euro-Krisenländer: Dadurch wird es wieder möglich, einen der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechenden Wechselkurs zu bestimmen. Bei Bedarf wird das System der Parallelwährung auf alle Euroländer ausgeweitet. Neu in die Eurozone beitretende Länder können parallel zum Euro die bisherige Währung beibehalten.
- ✳️ Die Unabhängigkeit der EZB. Sie muss sich wieder vor allem um die Geldwertstabilität kümmern und von politischer Einflussnahme der Nationalstaaten abgeschirmt werden.

- ✱ Ein Ende der Vergemeinschaftung unserer Schulden mit denen anderer Mitgliedstaaten und keine Haftung der Steuerzahler für die Verluste von Banken: Jeder haftet für seine Schulden selbst!
- ✱ Ein Ende der bisherigen Rettungsschirmpolitik: Die Schirmsummen müssen systematisch zurückgefahren werden.
- ✱ Die Auflösung des ESM: Entscheidungen dieser Institution sind intransparent und unterliegen einem erheblichen Demokratiedefizit.
- ✱ Die Erarbeitung eines Systems für die Hinterlegung werthaltiger Sicherheiten für negative Target-II-Salden.
- ✱ Mehr demokratische Legitimation in der Währungspolitik: Der Eurogruppen-Chef muss durch die Europaparlamentarier der Eurozonen-Länder gewählt werden.
- ✱ Die Sicherung der Spareinlagen und den Erhalt nationaler Spareinlagensysteme: Eine Europäische Bankenunion lehnen wir ab.
- ✱ Einen Insolvenz- und geordneten Abwicklungsmechanismus für Banken und Finanzinstitutionen.
- ✱ Ein geregeltes Staateninsolvenzverfahren wie es bereits um die Jahrtausendwende vom IWF vorgeschlagen wurde.
- ✱ Die Einrichtung einer europäischen Ratingagentur.
- ✱ Neue Denkansätze für den Weg aus der Krise: Wir fordern eine Arbeitsgruppe mit benannten Experten aus ganz Europa nach Vorbild des Sachverständigenrats der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die gemeinsam Szenarien und Machbarkeitsstudien für die Lösung der Krise ergebnisoffen erarbeitet.

2. KOMMUNEN STÄRKEN, MEHR DEMOKRATIE ERMÖGLICHEN

A. FÜR STARKE KOMMUNEN IN GANZ DEUTSCHLAND

Deutschland braucht starke und funktionsfähige Kommunen. Sie nehmen zahlreiche Verwaltungsaufgaben von Bund und Ländern wahr. Sie sind die Ansprechpartner vor Ort. Zu ihnen haben die Bürger den engsten Kontakt.

Wir FREIEN WÄHLER wollen politische Entscheidungsprozesse in die tiefst mögliche demokratische Ebene verlagern. Politische Verantwortung muss dort wahrgenommen werden, wo auch die Folgen der politischen Entscheidungen zu tragen sind. Hierfür sind handlungsstarke Kommunen mit einer ausreichenden Finanzmit-telausstattung und Planungssicherheit notwendig. Deshalb müssen finanzielle Mittel aus Steuerverbänden, etwa die Einkommensteuerbeteiligung, den Gemeinden ebenso erhalten bleiben wie die Mittel aus dem Fi-nanzausgleich und die Gewerbesteuer.

Kernaufgabe der Kommunen ist die Daseinsvorsorge. Die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern wie Was-ser muss in öffentlicher Hand bleiben und darf nicht privatisiert werden. Wir fördern die Solidarität und Zu-sammenarbeit zwischen den Kommunen.

Zugleich wirken wir der Entstehung sozialer Brennpunkte und einer Spaltung unserer Gesellschaft in soziale oder ethnische Gruppen durch eine gezielte Einbindung aller Bürger sowie mit Hilfe von Stadtplanung, guter Bildungspolitik und unterstützenden Sozialarbeit entgegen.

Wir wollen unsere Ortschaften lebenswert erhalten. Das Ausbluten der Innenstädte muss verhindert werden. Daher brauchen wir die Weiterentwicklung der Städtebauförderung ebenso wie eine attraktive Dorferneue-rung.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand: Wir sind gegen eine Privatisierung in Bereichen wie die Was-serversorgung und der öffentliche Nahverkehr.
- ✱ Eine faire Beteiligung an den Sozialkosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Die Städte und Gemeinden in Deutschland sind maßlos überfordert!
- ✱ Die Abmilderung der Folgen der Bundeswehrreform bzw. der Standortschließungen und -verkleinerungen der US-Armee und der Britischen Rheinarmee für die Bürger vor Ort, z.B. durch Kon-

versions- und Infrastrukturprogramme und durch den Verkauf der Liegenschaften an die Städte und Gemeinden zum Vorzugspreis.

- ✱ Eine für die anstehenden Aufgaben ausreichende Finanzausstattung der Kommunen.
- ✱ Keine Absenkung des Bundesanteils für den Städtebau.
- ✱ Die strenge Umsetzung des Konnexitätsprinzips auf allen staatlichen Ebenen: Bund und Länder dürfen keine Normen setzen, die die Kommunen zu höheren Ausgaben zwingen, diese Zusatzausgaben jedoch nicht angemessen ersetzen.
- ✱ Die Entlastung der Städte und Gemeinden durch eine gerechte Verteilung der Sozialkosten auf Bund Länder und Kommunen durch ein Bundesleistungsgesetz.
- ✱ Den Erhalt der Rahmenbedingungen für die Kreditmittelbeschaffung der Kommunen durch die Bankenregulierung: Kommunen dürfen nicht die Leidtragenden der Finanzmarktregulierung sein!
- ✱ Die Erschließung neuer Einkommensmöglichkeiten der Kommunen durch Beteiligungen oder eigene Gesellschaften.
- ✱ Die Reduzierung europäischer Vorgaben, die den Kommunen die Aufgabenerledigung erschwert. Rechtsunsicherheiten und unnötige Bürokratie müssen beseitigt werden.
- ✱ Die Stärkung der Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände in der Bundesgesetzgebung.

B. MEHR BÜRGERBETEILIGUNG, STARKE PARLAMENTE UND SAUBERE POLITIK

Die Bürger müssen die zentralen Gestalter der Politik werden. Wir stehen daher für den massiven Ausbau direkter Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger in der Politik. Volksbegehren und Volksentscheide müssen auch auf Bundesebene etabliert werden. Politik lebt von dem Engagement und der Gestaltungsbereitschaft der Bürger. Wir sind überzeugt, dass mehr direkte Demokratie zu besseren politischen Entscheidungen und zu einer nachhaltigen Reduzierung der Politikverdrossenheit in Deutschland führt.

Das Internet bietet neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und Transparenz sowie bequemerer Abwicklung politischer und administrativer Abläufe. Wir FREIEN WÄHLER sehen in „E-Government“ eine große Chance direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten zu etablieren und Verwaltungsabläufe zwischen Staat und Bürger sowie zwischen Behörden einfacher und nachvollziehbarer zu gestalten. Politische Beteiligung, Information und transparente Verwaltungsabläufe sind Voraussetzungen dafür, dass die Bürger verantwortlich mitgestalten können und die Akzeptanz von politischen Entscheidungen erhöht wird.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene.
- ✱ Mehr Gestaltungsspielraum der Bürger und weniger Einfluss der Parteien bei der Bundestagswahl: Die Zweitstimme sollen die Wähler künftig keiner Liste, sondern einzelnen Listenkandidaten geben können.
- ✱ Bundesweite Volksabstimmungen bei EU-Vertragsreformen und allgemein der Ratifizierung völkerrechtlicher Verträgen.
- ✱ Mehr direkte Demokratie vor Ort, zum Beispiel durch eine frühzeitige und intensivere Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Planung von Großprojekten.
- ✱ Die Direktwahl des Bundespräsidenten.
- ✱ Den Ausbau von E-Demokratie für eine umfangreichere und einfachere Mitwirkung und Mitbestimmung der Bürger in der Bundespolitik über das Internet.
- ✱ Die Erhöhung der Transparenz politischer Entscheidungen, zum Beispiel durch grundsätzlich öffentliche Ausschusssitzungen des Bundestags und ihre Übertragung über das Internet.
- ✱ Die Einführung eines Lobby-Registers, das offenlegt, welche Verbände, Unternehmen und Interessenvertreter in Kontakt mit der Bundesregierung und dem Bundestag stehen.
- ✱ Die schon lange ausstehende Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption.
- ✱ Die Verschärfung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung.
- ✱ Die Beschränkung von Sponsoring und Parteispenden bei juristischen Personen auf 20.000 Euro sowie eine Deckelung der Spenden bei natürlichen Personen auf 50.000 Euro.
- ✱ Eine Stärkung der Rolle des Bundestags und des Europaparlaments in der Gipfel-Diplomatie: Bei internationalen Gipfeln wie die Treffen der G 20 müssen die Parlamentspräsidenten künftig in die Entscheidungsfindungsprozesse der Staats- und Regierungschefs umfassend eingebunden werden.

3. SOLIDES HAUSHALTEN UND EINE GERECHTE FINANZPOLITIK

Eine solide Haushaltspolitik ist die Basis für eine nachhaltige Zukunftssicherung. Die Schuldenberge der Vergangenheit dürfen nachfolgende Generationen nicht erdrücken. Der Staat muss handlungsfähig bleiben, damit er auch in Krisenzeiten noch reagieren kann. Die Schuldenkrise in Europa hat gezeigt, dass die Parlamente nicht mehr ihrer Verantwortung, über die Verwendung der Haushaltsmittel tatsächlich selbst zu entscheiden, gerecht werden. Das wollen wir nicht hinnehmen!

Auch das Steuersystem muss sich am Interesse der Bürger orientieren. Eine radikale Entschlackung des deutschen Steuerrechts erachten wir daher für geboten. Es muss einfacher und transparenter werden.

Ein zuverlässiges Bankensystem ist von zentraler Bedeutung für das Funktionieren unserer sozialen Marktwirtschaft und unseres Staates. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns deshalb für eine Regulierung des Finanzmarktes und eine stärkere Finanzaufsicht ein, die Risiken minimiert und stabile Banken garantiert.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✦ Ein einfacheres und gerechteres Steuersystem, das sich an den Vorschlägen Paul Kirchhofs orientiert. Wir wollen Steuerfreiheit bis zu einem Einkommen von 1.600 Euro pro Monat und Person. Darüber hinaus sollen für alle ein Steuersatz von 25 Prozent bei gleichzeitiger Abschaffung aller Steuerprivilegien gelten.
- ✦ Ein Steuersystem, das schleichende Steuererhöhungen durch eine „kalte Progression“ verhindert.
- ✦ Die Weiterentwicklung des Ehegattensplittings hin zum Familiensplitting bis unsere drastische Vereinfachung des Steuersystems verwirklicht ist.
- ✦ Die Abschaffung der Erbschaftssteuer. Durch diese erleidet der familiengeführte Mittelstand bislang erhebliche Wettbewerbsnachteile gegenüber den großen Kapitalgesellschaften. Zudem wird durch die Erbschaftssteuer bereits Versteuertes erneut besteuert. Die Kosten ihrer Erhebung stehen zudem in keinem Verhältnis zu ihrem Ertrag.
- ✦ Eine grundlegende Überarbeitung der Mehrwertsteuerrichtlinie und der unsinnigen Regelungen für den vergünstigten Mehrwertsteuersatz. Zum Beispiel sind derzeit Gaststätten mit 19 Prozent gegenüber Imbissbuden und Hotels mit 7 Prozent Mehrwertsteuer benachteiligt. Ebenso werden Medikamente, Kinderspeisung, -kleidung sowie -spielzeug mit 19 Prozent gegenüber Hundefutter mit 7 Prozent belastet.

- ✱ Einen sorgsameren Umgang mit den Steuergeldern und eine strenge und durchsetzungsstarke Überwachung der staatlichen Ausgaben durch den Bundesrechnungshof.
- ✱ Eine effektivere Bekämpfung der Steuerhinterziehung und von Steuerumgehungstatbeständen sowie eine intensivere Verfolgung der länderübergreifenden Steuerkriminalität.
- ✱ Einen Abbau der Neuverschuldung angesichts der derzeit hohen Steuereinnahmen.
- ✱ Die Rückführung der Altschulden in einem realistischen Zeitraum ohne die Kommunen und die Bürger vor Ort zu belasten.
- ✱ Keinen Eingriff der Europäischen Union in das nationale Haushaltsrecht.
- ✱ Das Verhindern einer EU-Steuer, durch die ein weiteres nationales Hoheitsrecht ausgehöhlt werden würde.
- ✱ Die Einführung einer europaweit einheitlichen Finanztransaktionssteuer.
- ✱ Einen gerechten und transparenten Länderfinanzausgleich, bei dem die Mittelverwendung der Nehmerländer nicht willkürlich, sondern projektbezogen erfolgen soll.
- ✱ Eine weitere Entflechtung der Finanz- und Verwaltungsbeziehungen zwischen Bund und Ländern sowie eine Überprüfung der bestehenden Subventionsregelungen.
- ✱ Keine europäische Bankenaufsicht für rein regional tätige Finanzinstitute.
- ✱ Den Erhalt der Sparkassen und Genossenschaftsbanken in der bewährten Form. Die bestehenden Spielräume für regional tätige Kreditinstitute müssen weiterhin erhalten bleiben.
- ✱ Eine Trennung in eine realwirtschaftlich orientierte Bankwirtschaft und Investmentbanken.
- ✱ Die Überprüfung von Banken auf ihre Systemrelevanz und gegebenenfalls ihre Zerschlagung: Keine Bank darf künftig so groß sein, dass sie ein Systemrisiko darstellen kann.
- ✱ Die deutliche Erhöhung der Eigenkapitalquote von Banken und Finanzinstitutionen, die dem tatsächlichen Risiko entspricht.
- ✱ Ethisch angemessene Verdienste und Boni, die an den wirtschaftlichen Erfolg bzw. Misserfolg der Bank gekoppelt werden.
- ✱ Klare Haftungsregelungen für Vorstände.

4. WOHLSTAND FÜR DIE ZUKUNFT SICHERN

A. WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND FÖRDERN

Die deutsche Wirtschaft, getragen von einem breitflächigen Mittelstand, ist ein Vorzeigemodell für eine innovative und gleichzeitig verantwortungsvolle soziale Marktwirtschaft. Deutsche Unternehmen stellen weltweit innovative und anerkannte Qualitätsprodukte her.

Als Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft setzen wir FREIEN WÄHLER auf den Wettbewerb, auf die Tarifautonomie und das Leistungsprinzip. Der Schutz des Eigentums und die unternehmerische Entscheidungsfreiheit haben für uns einen hohen Stellenwert. Gleichzeitig unterstreichen wir die Bedeutung des Mittelstands für die deutsche Wirtschaft. Um die unternehmerische Freiheit auch künftig sicherzustellen und kleine und mittlere Unternehmen gegenüber Großkonzernen nicht zu benachteiligen, muss die Wirtschaft von übermäßigen bürokratischen Belastungen befreit werden.

Wir FREIEN WÄHLER sind uns der herausragenden Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für unser Gemeinwohl bewusst. Forschung generiert Innovationen und Fortschritt. Sie bietet Lösungsansätze für gesellschaftliche Probleme sowie Möglichkeiten zur Orientierung bei ethischen Fragestellungen. Wir erkennen die Freiheit von Wissenschaft und Forschung an. Diese findet ihre Grenzen aber da, wo die Würde des Menschen berührt wird. Wir setzen voraus, dass die Freiheit von Wissenschaft und Forschung auch die Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen beinhaltet und diese mit ihren Ergebnissen nicht gefährdet.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✦ Eine Entlastung der kleinen und mittleren Unternehmen von überflüssiger Bürokratie, zum Beispiel beim Zuschusswesen, bei Genehmigungsverfahren, der Tachographenpflicht und dem Vergaberecht.
- ✦ Vermeidung unnötiger Erschwernisse bei der unternehmerischen Kreditmittelbeschaffung.
- ✦ Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Existenzgründer.
- ✦ Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, wie zum Beispiel im Bereich des Einzelhandels.
- ✦ Attraktive Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs, damit Deutschland führend im Wettbewerb um die besten Köpfe wird.

- ✿ Den Erhalt der Forschungsfreiheit: Materielles Gewinnstreben darf diese nicht gefährden.
- ✿ Eine weitere Intensivierung der Forschungs- und Industriepolitik, um Deutschlands Vorreiterrolle im weltweiten Innovationswettbewerb, zum Beispiel im Bereich der Automobilindustrie, der erneuerbaren Energien, der Medizintechnik und der Sensortechnik auszubauen.
- ✿ Den Erhalt der Wertschöpfungsketten unserer Industrien in unserem Land und damit die Sicherung des Standorts Deutschlands für Produktion, Zulieferer, Dienstleister und die Beschäftigten.

B. LANDWIRTSCHAFT FÖRDERN

Wir FREIEN WÄHLER halten eine eigentumsorientierte gesunde Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei und Jagd für die Grundvoraussetzungen eines lebensfähigen und lebenswerten ländlichen Raums, der Heimat für alle bietet. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Jagd stellen nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sicher, sondern erfüllen außerdem unersetzbare wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Aufgaben. Gerade die Landwirtschaft zählt zur tragenden Säule der regenerativen Energien und bietet bis hin zum Tourismus auch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen.

Wir sprechen uns für ein agro-gentechnikfreies Deutschland und Europa aus, da Risiken weder ausreichend erforscht noch abschätzbar sind. Die Bürger als Verbraucher sind mehrheitlich gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel. Wir wollen den Bürgerwillen auch in diesem Bereich ernstnehmen und keine Kompromisse mit Gentechnik-Konzernen eingehen. Wir FREIEN WÄHLER stehen für Planungssicherheit und somit für eine gesicherte Zukunft für die bäuerliche Landwirtschaft.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✿ Ein agro-gentechnikfreies Deutschland und Europa. Agro-Genforschung darf nur unter Laborbedingungen stattfinden.
- ✿ Den Erhalt der Artenvielfalt. Patente auf Tiere und Pflanzen lehnen wir ebenso ab wie eine gesetzliche Verpflichtung auf ausschließliche Verwendung patentierten Saatguts.
- ✿ Artgerechte Tierhaltung.
- ✿ Ein Ende der Spekulationen mit landwirtschaftlichem Grund und Boden.
- ✿ Klare Zukunftsperspektiven und Planungssicherheit für deutsche Landwirte und Fischer.

- ✱ Den Erhalt einer flächendeckenden und bäuerlich strukturierten Landwirtschaft und die Stärkung der Familienbetriebe. Vor allem klein strukturierte Familienbetriebe müssen wettbewerbsfähig bleiben.
- ✱ Den Erhalt der Wertschöpfung in den Regionen durch den Absatz regionaler Qualitätsprodukte und einer lokalen Energieerzeugung.
- ✱ Optimierte Vermarktungsstrukturen, um die Bauern innerhalb der Wertschöpfungskette zu stärken.
- ✱ Die Stärkung der Marktposition der Bauern, insbesondere auch der Milchbauern, zum Beispiel durch freiwillige Bündelung.
- ✱ Eine Kooperation mit den Landwirten im Umwelt- und Naturschutz an Stelle überbordender ordnungspolitische Vorgaben und ausufernder gesetzlicher Regelungen.
- ✱ Die gezielte Weiterentwicklung der Marktordnungselemente bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und ihren Einsatz dort, wo Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen sind.
- ✱ Flexibel einsetzbare Marktordnungselemente, um auf Marktverwerfungen schnell reagieren zu können.
- ✱ Eine praxisrelevante Ausgestaltung der zweiten Säule.
- ✱ Bürokratieabbau auch in der land- und forstwirtschaftlichen Verwaltung.
- ✱ Eine Verstärkung des regionalen Einflusses auf die Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik.
- ✱ Die Förderung von benachteiligten Gebieten mit erschwerten Bewirtschaftungsbedingungen.
- ✱ Die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Biokraftstoff-Produktion.
- ✱ Die Bereitstellung von Forschungsmitteln für die heimische Förderung von Öl- und Proteinpflanzen.
- ✱ Den Erhalt §13a Einkommenssteuergesetz zur Erhaltung der kleinbäuerlichen Strukturen.
- ✱ Die Schaffung weiterer Anreize in der Waldwirtschaft, um die Wälder nachhaltig zu bewirtschaften und vor zerstörerischen Eingriffen zu schützen, in enger Zusammenarbeit mit den Waldbesitzern, Jägern und Förstern vor Ort.
- ✱ Weiterhin eine Unterstützung und Förderung der Forstzusammenschlüsse als Selbsthilfeeinrichtungen der Waldbesitzer durch forstliche Beratung und Förderung.
- ✱ Keine großflächigen Stilllegungen im Wald.

C. ARBEITSBEDINGUNGEN VERBESSERN

Wer Vollzeit arbeitet, muss genug verdienen, um ohne staatliche Hilfen leben zu können. Eine faire Entlohnung sorgt für die notwendigen Leistungsanreize. Lohndumping, die Bezahlung von Niedriglöhnen und prekäre Arbeitsverhältnisse sind ein erschreckender Missstand unserer Gesellschaft, der in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Das muss nachhaltig bekämpft werden.

Für den Erhalt von Wohlstand und Arbeitsplätzen in Deutschland treten wir für eine Beschäftigungspolitik ein, die zugleich gewährleistet, die Wertschöpfung am Standort Deutschland zu halten und zu erhöhen.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Den Erhalt der Tarifautonomie. Tarifverträge sind geeignet, auf die spezifischen Bedürfnisse der Branchen und der Regionen einzugehen. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung tariflicher Mindestlöhne muss weiter gefördert werden.
- ✱ Die Einführung flächendeckender, regionen- und branchenspezifischer Lohnuntergrenzen, die verbindlich geregelt und von einer unabhängigen Kommission festgelegt werden. Darüber hinaus gehende tarifliche Abschlüsse bleiben weiterhin wirksam. Hierdurch verhindern wir Lohndumping und die Quersubventionierung von ALG-II-Aufstockern.
- ✱ Frauenförderung im Beruf: Gleiche Arbeit muss gleich bezahlt werden.
- ✱ Die Eingrenzung der Leiharbeit auf die Abdeckung von Auftragsspitzen. Damit steht den Unternehmen ein Instrument zur Verfügung, um personalpolitisch flexibel reagieren zu können. Das Instrument der Zeitarbeit darf aber nicht ausufern und zur unsozialen Kostensenkung oder Verdrängung der Stammbesetzung missbraucht werden.
- ✱ Ausnahmslos gleiche Bezahlung für Leiharbeiter und Stammbesetzung nach spätestens drei Monaten.
- ✱ Eine bessere Bekämpfung der Scheinselbständigkeit.
- ✱ Eine stärkere Integration älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsalltag.
- ✱ Faire Arbeitsbedingungen und Entlohnungen bei Praktika.
- ✱ Arbeitslosenstatistiken ohne Tricksereien.

D. FÜR EINEN STARKEN UND EFFIZIENTEN ÖFFENTLICHEN DIENST

Eine effiziente, unbestechliche Verwaltung bringt Standortvorteile im weltweiten Wettbewerb. Voraussetzung dafür ist aber eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Sachmitteln und gut ausgebildetem, motiviertem Personal. Dafür ist es notwendig, dass der Öffentliche Dienst attraktiv bleibt.

Wir FREIEN WÄHLER wollen Staatsaufgaben kritisch hinterfragen und Bürokratie abbauen. Der sparsame Umgang mit den Steuergeldern der Bürger ist Hauptaufgabe von Politik und Verwaltung. Ein Stellenabbau ohne Aufgabenkritik würde aber zur Überlastung der Verwaltung führen und damit nicht zu mehr Effizienz. Wir wollen die Versorgungsrücklagen in den Pensionsfonds im Interesse eines fairen Umgangs mit den Staatsbediensteten und einer soliden und nachhaltigen Haushaltspolitik dem tatsächlichen Bedarf entsprechend erhöhen.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✦ Eine serviceorientierte, bürgerfreundliche und bürgernahe Verwaltung, also auch den Erhalt wichtiger Behörden vor Ort.
- ✦ Den sinnvollen Einsatz von „E-Government“-Maßnahmen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verwaltungsverfahren.
- ✦ Hoheitliche Aufgaben in hoheitlichen Händen. Wir sind gegen die Privatisierung staatlicher Sicherheitsaufgaben wie im Falle des Einsatzes privater Sicherheitsdienste in Justizgebäuden und der Luftsicherheitskontrollen an Flughäfen.
- ✦ Die verpflichtende Einführung eines Pensionsfonds für Beamte in Bund und Ländern, denn bisher wurde nur wenig für Beamtenpensionen zurückgelegt.
- ✦ Eine ständige Evaluierung und Bedarfsüberprüfung aller Behörden und Einrichtungen des Bundes.

D. INFRASTRUKTUR AUSBAUEN, MOBILITÄT ERMÖGLICHEN.

Mobilität ist ein Grundbedürfnis unserer modernen Gesellschaft und wesentlicher Bestandteil für unsere Wohlstandssicherung. Gerade durch die zentrale Lage Deutschlands in Europa sind leistungsfähige Transportwege für die Bürger und die Wirtschaft unerlässlich, egal ob auf der Schiene, auf der Straße, zu Wasser oder in der Luft. Der chronisch unterfinanzierte Verkehrshaushalt muss besser ausgestattet werden, um die Projekte im Bundesverkehrswegeplan auch tatsächlich realisieren zu können.

Unsere Mobilität ist im Wandel. Die steigenden Erdölpreise, Klimaschutz und neue Bedarfsentwicklungen für individuelle Mobilität, vor allem in Ballungszentren, erfordern eine nachhaltige Finanzierbarkeit und eine zunehmende Ökologisierung des Verkehrs. Verbrauchsarme Fahrzeuge bis hin zur Elektromobilität sind die Zukunft. Damit der Automobilstandort Deutschland als Leitmarkt und Leitanbieter für alternative Antriebstechniken fortentwickelt werden kann, setzen wir uns für die sinnvolle Weiterentwicklung der bislang teuren und eher ineffizienten Förderpolitik der Bundesregierung ein.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Eine stärkere Berücksichtigung der Kostenrisiken bei Großprojekten und ein effizientes Controlling politischer Entscheidungen durch unabhängige Fachleute, damit sich die Fehlplanungen wie der Berliner Flughafen, Stuttgart 21 und die Hamburger Elbphilharmonie nicht wiederholen.
- ✱ Eine dezentrale Verkehrsinfrastruktur statt unsinniger Prestigeprojekte.
- ✱ Eine Erhöhung der Mittel für den jahrelang unterfinanzierten Bau und Erhalt der Verkehrswege des Bundes, insbesondere der Wasserstraßen und Eisenbahntrassen. Hierdurch können Autobahnen auch unter ökologischen Gesichtspunkten entlastet werden und die internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.
- ✱ Eine kommunalfreundliche Lösung für die Finanzierung von Straßen auf dauerhaft hohem Niveau und entsprechende Mittelzuweisungen durch den Bund.
- ✱ Ein Verbot der Gigaliner auf deutschen Straßen. Autobahnabfahrten, Brücken und Kreuzungen sind dafür nicht ausgerichtet.
- ✱ Einen besseren Lärmschutz bei Flughäfen, Straßen und Schienen.
- ✱ Bürgerentscheide zur Festlegung der Nachtflugverbote.

- ✱ Gebührenfreies Fahren für PKWs auf deutschen Autobahnen: Eine PKW-Maut lehnen wir ab.
- ✱ Die Ablehnung eines generellen Tempolimits auf deutschen Autobahnen und einer generellen Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 in geschlossenen Ortschaften.
- ✱ Den Erhalt und die Ausweitung des freiwilligen Punkteabbaus für Verkehrssünder.
- ✱ Den Ausbau von Verkehrsbeeinflussungsanlagen an stark belasteten Autobahnabschnitten.
- ✱ Straßen- und Schienennetz in öffentlicher Hand.
- ✱ Eine Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs und der Schülerbeförderung im ländlichen Raum.
- ✱ Die Berücksichtigung der Anforderungen an barrierefreie Mobilität bei allen Verkehrsprojekten.
- ✱ Eine stärkere Verlagerung des Güterverkehrs auf klimafreundlichere Verkehrswege, wie Schiene und Wasserstraßen.
- ✱ Eine stärkere Erprobung und Fortentwicklung neuer Mobilitätskonzepte, wie zum Beispiel Bürgerbusse und Car-Sharing (Autoteiler).
- ✱ Eine zielgerichtetere Förderung alternativer Antriebsysteme und Kraftstoffe für Fahrzeuge.
- ✱ Eine nachhaltige Energieversorgung für den Straßenverkehr.

5. EINE ERNSTHAFTE ENERGIEWENDE UND EINE SAUBERE UMWELT

A. FÜR EINE ENERGIEWENDE IM SINNE DER BÜRGER

Eine sichere Energieversorgung, Umwelt- und Klimaschutz sind Themen, die die Bürger mit zunehmender Sensibilität verfolgen. Eine regionale, effiziente Versorgung durch erneuerbare Energien sowie nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen sind uns ein besonderes Anliegen. Steigende Energiepreise und die Energieerzeugung aus fossilen Rohstoffen rücken die Themen „Energieversorgung“ und „Klimaschutz“ immer mehr in den Blickpunkt tagesaktueller Ereignisse. In Zeiten knapper Kassen und einer finanziellen Unterversorgung vieler Gemeinden sehen die FREIEN WÄHLER die erneuerbaren Energien als nachhaltigen Entwicklungsbeschleuniger und Beschäftigungsmotor der Zukunft, gerade auch für den ländlichen Raum. Dazu muss die Forschung ambitioniert unterstützt werden. Denn nur wer von Energieimporten und damit von steigenden Preisen unabhängig ist, kann sich der regionalen Versorgungssicherheit und Preisstabilität sicher sein.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Den festgelegten Ausstieg aus der Atomkraft ohne neue Laufzeitverlängerungsdebatten!
- ✱ Die stets gewährleistete Rückholbarkeit des Atommülls, um das hochgefährliche Material für die Zukunft unter Kontrolle zu haben. Die jahrzehntelang ergebnislose Suche erfordert einen solchen Strategiewechsel.
- ✱ Den Einbezug der Verursacher bei allen Kosten im Rahmen der Atommüll-Lagerung.
- ✱ Eine Energiewende, die von den Bürgern getragen wird.
- ✱ Eine gerechte Verteilung der Lasten der Energiewende.
- ✱ Einen Masterplan für eine durchdachte Umsetzung der Energiewende.
- ✱ Die Einrichtung eines eigenen Energieministeriums zur Bündelung und Koordinierung öffentlicher Aktivitäten zur Umsetzung der Energiewende.
- ✱ Die Förderung der technologischen Entwicklung und des Ausbaus der erneuerbaren Energien.
- ✱ Verstärkte Forschungsaktivitäten im Bereich der Energie-Speichertechnologien.

- ✱ Einen mittelfristigen Abbau der Subventionen im Energiesektor.
- ✱ Lokale Wertschöpfung durch Installation, Betrieb und Wartung regenerativer Kraftwerke.
- ✱ Eine regionale und dezentrale Energieversorgung sowie die Förderung von Genossenschaftsmodellen für die Energiegewinnung.
- ✱ Die Stärkung von Bürgergenossenschaftsmodellen in der Energieerzeugung.
- ✱ Flexible Programme zur energetischen Gebäudesanierung.
- ✱ Die Rückübertragung der Höchstspannungsnetze in die öffentliche Hand, um die strategischen Zukunftsfragen des Netzausbaus beantworten zu können.

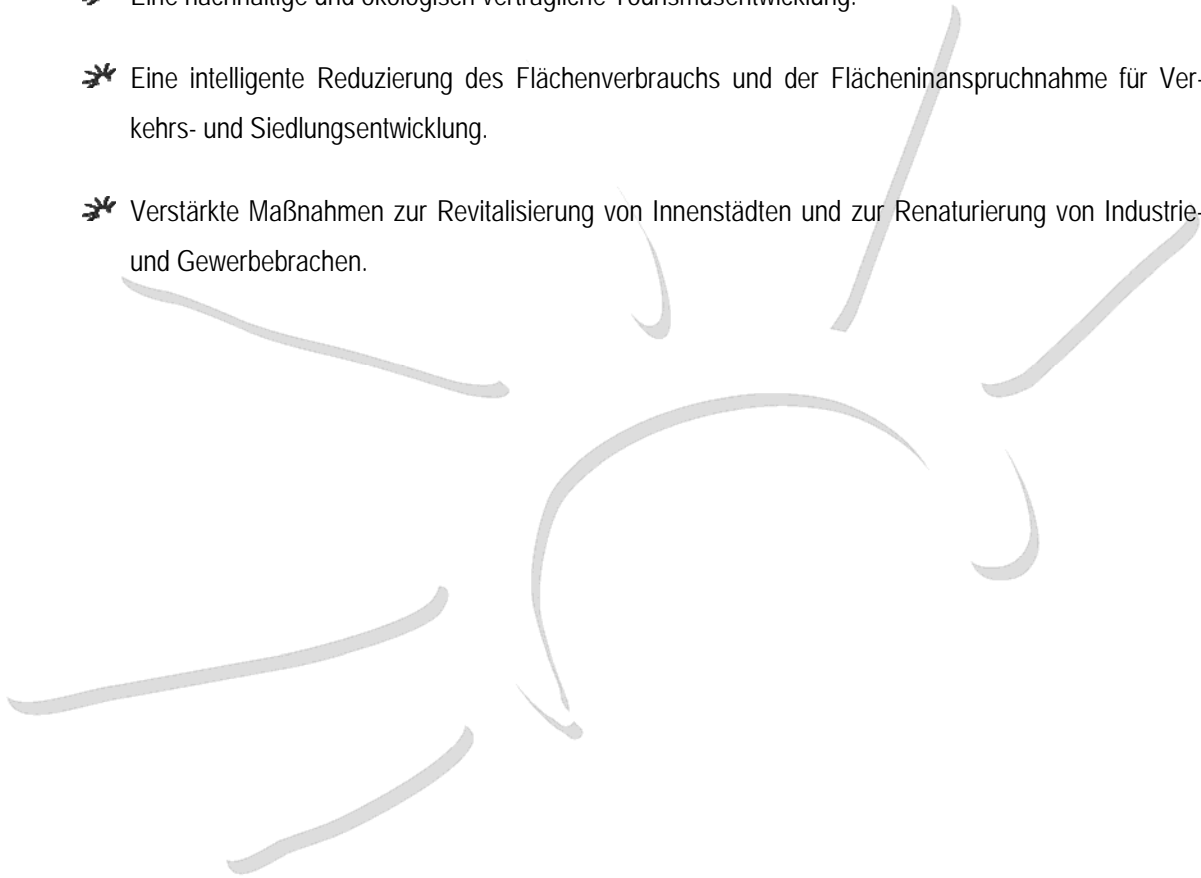
B. UMWELTPOLITIK FÜR DEN ERHALT DER SCHÖPFUNG UND UNSERER HEIMAT

Eine gesunde Umwelt ist kein Selbstzweck, sondern sichert und verbessert nachhaltig das Zusammenspiel zwischen Natur-, Lebens- und Wirtschaftsräumen für die Menschen heute und für künftige Generationen. Wir wollen die Schöpfung bewahren und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Wir sind uns unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen bewusst. Umweltpolitik beginnt im Bewusstsein der Bürger vor Ort und muss bis in die internationale Politik hinein verfolgt werden.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Ein generelles Verbot des „Frackings“ zur Gewinnung von Bodenschätzen, solange keine umweltverträglichen Techniken verfügbar sind.
- ✱ Den Erhalt der Artenvielfalt und gleichzeitig den Schutz unserer heimischen Tier- und Pflanzenarten.
- ✱ Die Bewahrung unserer heimischen Natur- und Kulturräume durch ihre nachhaltige Weiterentwicklung.
- ✱ Den grundsätzlichen Verzicht auf genveränderte Lebens-, Saat- und Futtermittel.
- ✱ Ein modernes Umweltgesetzbuch, das gebündelt alle Umweltschutzregeln beinhaltet, um Bürokratie zu verhindern und Transparenz zu schaffen.

- ✦ Eine frühzeitige Einbindung von Bürgern und Kommunen bei der Planung von Großprojekten und der Ausweisung großflächiger Schutzgebiete.
- ✦ Strenge Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Infrastrukturvorhaben.
- ✦ Die Korrektur von Fehlentwicklungen und schädlichen Umweltauswirkungen im Bereich der energetischen Biomasse-nutzung.
- ✦ Eine Verringerung des Eintrags von Schadstoffen in Boden, Wasser und Luft.
- ✦ Eine nachhaltige und ökologisch verträgliche Tourismusedwicklung.
- ✦ Eine intelligente Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Flächeninanspruchnahme für Verkehrs- und Siedlungsentwicklung.
- ✦ Verstärkte Maßnahmen zur Revitalisierung von Innenstädten und zur Renaturierung von Industrie- und Gewerbebrachen.



6. GEMEINSAM LEBEN IN EINER SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT

Die Familie verdient unseren besonderen Schutz. Als das Fundament unserer Gesellschaft gilt es, sie besonders zu stärken. Wir wollen mit unserer Politik Rahmenbedingungen schaffen, um ein familienfreundliches Klima zu begünstigen. Unsere Gesellschaft steht durch den demographischen Wandel vor gravierenden Herausforderungen. Wir FREIEN WÄHLER stellen uns dieser Aufgabe. Wichtig sind uns das solidarische Miteinander von Jung und Alt, der Dialog zwischen den Generationen und eine aktive Gleichstellungspolitik. Die erfolgreiche Integration aller Zuwanderer in unsere Gesellschaft ist uns ein wichtiges Anliegen.

Ein weiteres wichtiges Ziel der FREIE WÄHLER-Sozialpolitik ist die Inklusion von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen unter Berücksichtigung des Konnexitätsprinzips. Wir bekennen uns ausdrücklich zur UN-Konvention und stehen zur Beteiligungsgerechtigkeit von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft. Die Inklusion ist eine Aufgabe, die Umdenken in vielen Bereichen erfordert und die sowohl von der Politik als auch der Gesellschaft geleistet werden muss.

A. FAMILIEN STÄRKEN

Die Erziehung und Sorge für die heranwachsende Generation sind das natürliche Recht und die Pflicht der Eltern bzw. der Sorgeberechtigten. Der Staat soll Mütter, Väter und Sorgeberechtigte bei der Kindererziehung unterstützen. Sie müssen im Rahmen der Gesetze frei über die Gestaltung ihres Familienlebens entscheiden können. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist unser erklärtes politisches Ziel. Noch immer haben Frauen, bedingt durch nicht kontinuierliche Erwerbsbiographien, ein höheres Armutsrisiko im Alter. Das Betreuungsgeld ist in unseren Augen der falsche Ansatz, da es weder die Erziehungsleistung der Eltern angemessen würdigt, noch eine echte Wahlmöglichkeit zwischen einer Betreuung im familiären Umfeld und einer Betreuungseinrichtung schafft.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Ein Ende der Bevorzugung bestimmter Formen der Kinderbetreuung von staatlicher Seite. Wir fordern echte Wahlmöglichkeiten auf diesem Gebiet durch die Bereitstellung ausreichender Kinderbetreuungsplätze.
- ✱ Eine pauschale Erhöhung des Kindergelds um 300 Euro im Jahr, also um 25 Euro im Monat.

- ✿ Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- ✿ Eine familiengerechte Ausgestaltung der Sozialversicherungssysteme und der Besteuerung.
- ✿ Flexible Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit für Eltern sowie eine reibungslose Rückkehr nach Erziehungszeiten in die Erwerbstätigkeit.
- ✿ Ein gut ausgebautes, für die Eltern kostenfreies Kinderbetreuungs- und Bildungssystem von hoher Qualität.

B. JUNGE MENSCHEN FORDERN UND FÖRDERN

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Sie bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit und des Schutzes von Politik und Gesellschaft. Wir FREIEN WÄHLER sehen die Jugendpolitik als Schnittstelle zu unterschiedlichen Bereichen wie Bildung und Ausbildung, Gesundheit und Jugendschutz, Medien und Kultur sowie außerschulischen Betreuungs- und Fürsorgeleistungen.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✿ Gerechte Bildungschancen für alle.
- ✿ Heimatnahe Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche.
- ✿ Den Ausbau wertorientierter Jugendarbeit.
- ✿ Eine bedarfsgerechte Ausstattung von Jugendorganisationen und Freien Trägern.
- ✿ Die Förderung des Interesses an Vereinsmitgliedschaften und ehrenamtlichen Engagements. Vor allem Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien soll der Zugang zu einer sinnvollen wie pädagogisch hochwertigen Jugend- und Vereinsarbeit gewährt werden.
- ✿ Eine bessere Verzahnung von Schul-, Jugend- und Vereinsarbeit.
- ✿ Einen besseren Kinder- und Jugendschutz und bessere Prävention.
- ✿ Mehr politische Bildung zur Stärkung Jugendlicher gegen extremistische Einflüsse.

C. AKTIVES ALTERN FÖRDERN, ALTERSARMUT BEKÄMPFEN, RENTE SICHERN.

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns zum Ziel, Senioren stärker in die Gesellschaft einzubinden. Unsere Seniorenpolitik will den reichhaltigen Erfahrungsschatz der Älteren wesentlich stärker berücksichtigen. Die älteren Bürger wertzuschätzen und ihre Potenziale anzuerkennen, ist uns wichtig. Die Bekämpfung der Altersarmut sehen wir als zentrale Zukunftsaufgabe der Bundespolitik an.

Angesichts der demographischen Entwicklung bedarf es einer grundlegenden Reform unseres umlagefinanzierten Rentensystems. Es kann auf Dauer seine bisherige Aufgabe nicht mehr erfüllen, wenn sich das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern wie vorhergesagt entwickeln wird. Es droht ein gesellschaftlicher Interessenkonflikt: Das Interesse der Rentnerinnen und Rentner als Leistungsempfänger an einer möglichst hohen Rente kollidiert mit dem Interesse der Beitragszahler an möglichst geringen Beiträgen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, einen ausgewogenen Kompromiss herzustellen.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✦ Eine Mehrgenerationenpolitik, die den Gedanken der Teilhabe ins Zentrum rückt.
- ✦ Steuerlich attraktive Zuverdienstmöglichkeiten im Alter.
- ✦ Eine wohnortnahe Bereitstellung von Gütern des täglichen Lebens, Bildungseinrichtungen und medizinischer Versorgung.
- ✦ Ein würdiges Leben und eine Lebensstandardsicherung im Alter auch bei veränderten Erwerbsbiographien. Die persönliche Lebensarbeitsleistung muss sich in der Rentenhöhe widerspiegeln.
- ✦ Die Garantie des vollen Rentenanspruchs nach 45 Beitragsjahren ohne Berücksichtigung des Lebensalters.
- ✦ Den Stopp der drohenden Rentenabsenkung auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens bis 2030.
- ✦ Eine angemessene Berücksichtigung der Erziehung von Kindern und der Pflege von Angehörigen bei der Rentenberechnung.
- ✦ Die Änderung der „92er Regelung“: Der Rentenanspruch der Mütter von Kindern, die vor 1992 geboren wurden muss mit dem der Mütter von Kinder, die nach 1992 geboren wurden, gleichgestellt werden.

- ✿ Eine Verbreiterung der Rentenbeitragsbasis.
- ✿ Eine deutliche Stärkung und den Ausbau der Betriebsrente.
- ✿ Ein personenbezogenes Konto für die Rentenbeiträge.
- ✿ Eine Stärkung des ehrenamtlichen, sozialen und kommunalen Engagements der Generation 65+.

D. EINE BESSERE PFLEGE ERMÖGLICHEN

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen in den kommenden Jahren dramatisch zunehmen. Insbesondere die an Demenz Erkrankten bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit. Pflege erfordert eine generationenverbindende Solidarität. Pflege geht uns alle an!

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✿ „Eigenheim statt Pflegeheim“ als Grundsatz. Dies entspricht den Wünschen und Erwartungen der Menschen und senkt zudem die Kosten für die Allgemeinheit. Das heißt: Ausbau alternativer Wohnformen wie zum Beispiel Wohngruppen für Menschen mit Demenz und innovative Konzepte vor Ort, die langfristig finanziert werden.
- ✿ Eine Offensive für Pflegekräfte: Notstand verhindern durch bessere Bezahlung und qualifizierte Aus- und Weiterbildung angesichts der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen.
- ✿ Eine flächendeckende Versorgung und eine Stärkung präventiver Maßnahmen, damit die Gesundheit und Eigenständigkeit der Menschen so lange wie möglich erhalten bleibt. Ältere Menschen wollen bevorzugt in ihren eigenen vier Wänden selbstbestimmt leben.
- ✿ Die strikte Umsetzung der aktivierenden Pflege in Heimen und in der ambulanten Pflege. Auf diese Weise wird die Alltagskompetenz möglichst lang erhalten.
- ✿ Eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung, insbesondere die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs.
- ✿ Das Einsparen von Pflegekosten durch gegenseitige Hilfe und Entbürokratisierung.
- ✿ Eine objektive, transparente und unabhängige Bewertung der Pflegeheime.

E. DEN DEMOGRAPHISCHEN WANDEL AKTIV GESTALTEN

Der demographische Wandel wird die Bundesrepublik gravierend verändern. Wir müssen in vielen Bereichen umdenken. Insbesondere in ländlichen Gebieten und im Osten unseres Landes spüren die Menschen bereits die Anfänge möglicher dramatischer Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Die etablierten Parteien unterschätzen dieses entscheidende gesellschaftspolitische Zukunftsproblem. Wir wollen uns verstärkt darum bemühen, uns an den demographischen Wandel anzupassen, und ihn langfristig so weit wie möglich abzumildern.

Die Familie ist für uns Keimzelle der Gesellschaft und soll es bleiben. Kinder sind eine Bereicherung. Wir wollen junge Frauen und Männer ermutigen, sich für Kinder zu entscheiden. Damit dies gelingt, soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Angesichts des bereits heute bestehenden und größer werdenden Fachkräftemangels setzen wir uns dafür ein, die inländischen Potenziale für den Arbeitsmarkt noch besser zu nutzen, damit noch mehr Frauen, Ältere und Arbeitslose einer Beschäftigung nachgehen.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland. Hierdurch wollen wir die deutsche Einheit nach weit über 20 Jahren Wiedervereinigung vollenden.
- ✱ Die Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an die sich verändernde demographische Situation.
- ✱ Die Eingrenzung der Abwanderung aus den ländlichen Räumen durch den Ausbau und Erhalt einer modernen Daseinsvorsorge in der Fläche.
- ✱ Eine leistungsfähige und seniorenfreundliche Infrastruktur.
- ✱ Eine bessere Erschließung des ländlichen Raums mit Straße, Schiene und Breitband.
- ✱ Eine effiziente Fortentwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs.
- ✱ Eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Lebens in allen Regionen.
- ✱ Wohnortnahe Krankenhäuser sowie Haus- und Fachärzte.
- ✱ Wohnortnahe Schulen und Kindergärten.
- ✱ Eine Stärkung dezentraler Verwaltungsstrukturen.

F. BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT STÄRKEN

Eine Gesellschaft lebt vom Miteinander. Bürgerschaftliches Engagement ist für uns ein wesentlicher Pfeiler einer menschlichen Gesellschaft und verhindert soziale Kälte.

Das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in karitativen und kirchlichen Einrichtungen, in der Jugendarbeit, in Vereinen, bei Rettungsdiensten, der Feuerwehr, Selbsthilfegruppen, Nichtregierungsorganisationen und Zukunftswerkstätten ist zentral für das Funktionieren unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Diese vielfältigen Formen bürgerschaftlichen Engagements zählen zu den unschätzbaren und unverzichtbaren Wesensmerkmalen unserer lebendigen Demokratie. Dieses Engagement wollen wir fördern und die noch nicht ausgeschöpften Potentiale besser nutzen.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✦ Eine stärkere Würdigung ehrenamtlich engagierter Bürger. Ehrenamtliche, gemeinnützige Tätigkeit muss mehr gesellschaftliche Wertschätzung erfahren.
- ✦ Den zügigen Ausbau und die Stärkung der Freiwilligendienste.
- ✦ Die breitflächige Etablierung von Ehrenamtslotsen als Ansprechpartner und Vermittler für Bürger, die sich gerne in die Gesellschaft einbringen möchten.

G. UNSERE INTEGRATIONS- UND ASYLPOLITIK

Wir FREIEN WÄHLER treten für ein offenes Miteinander zwischen den Menschen aller Kulturen und Religionen in unserem Land ein. Dies kann nur im Dialog geschehen. Miteinander leben ist ein Geben und Nehmen, das Toleranz verlangt für den anderen, Sensibilität im Umgang mit Neuem, aber auch die Anerkennung von Regeln und traditionellen Werten. Die Integrationspolitik der FREIEN WÄHLER stellt den Menschen in den Mittelpunkt – egal, welcher Kultur – fordert Offenheit im sozialen Miteinander und plädiert für die Kenntnis der deutschen Sprache.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Die Einführung eines Tags der Heimat für das Gedenken an Flucht und Vertreibung in Vergangenheit und Gegenwart.
- ✱ Die Verhinderung von Parallelgesellschaften.
- ✱ Ein Angebot für Religionsunterricht der Schüler nicht-christlicher Glaubensrichtungen, sofern dafür eine Mindestzahl an Schülern vorhanden ist.
- ✱ Ausreichende und effektive Angebote zur Sprachförderung für Bürger mit Migrationshintergrund.
- ✱ Das Einfordern von Integrationsbemühungen ausländischer Mitbürger.
- ✱ Eine verstärkte Anerkennung adäquater ausländischer Berufsabschlüsse, auch vor dem Hintergrund des akuten Fachkräftemangels.
- ✱ Die stärkere Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst.
- ✱ Sanktionen und Ausweisung bei bewusster Integrationsverweigerung oder wiederholten Gesetzesverstößen.
- ✱ Die Beschleunigung der Asylverfahren in beidseitigem Interesse.
- ✱ Die menschenwürdige Unterbringung der Asylbewerber.
- ✱ Die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung der Asylbewerber.
- ✱ Die Ermöglichung gemeinnütziger Arbeit mit geringer Zuverdienstmöglichkeit für Asylbewerber.
- ✱ Eine stärkere Einbindung der Kommunen bei der dezentralen Unterbringung der Asylbewerber und eine hierfür ausreichende finanzielle Unterstützung.

7. EIN ZUKUNFTSFÄHIGES GESUNDHEITSSYSTEM

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Eigenverantwortung **und** Solidarität
- ✱ Medizin vor Ökonomie

Das bedeutet für uns:

- ✱ Eine flächendeckende und wohnortnahe Haus- und Facharztversorgung für eine gute medizinische Versorgung aller Menschen.
- ✱ Die Freiberuflichkeit der Ärzte erhalten und eine leistungsgerechte Bezahlung ermöglichen, ohne Budgetierungen und „floatenden Punktwerten“.
- ✱ Eine Verbreiterung der Beitragsbasis und eine paritätische Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung: je 50% vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer.
- ✱ Einkommensabhängige Beiträge, wobei Kinder, Jugendliche und Menschen mit Einkommen unterhalb des Existenzminimums durch Steuern zu finanzieren sind.
- ✱ Für Patienten verständliche Rechnungen gewährleisten Transparenz und Kostenbewusstsein.
- ✱ Eine solide Krankenhausfinanzierung, um den Privatisierungsdruck zu mindern.
- ✱ Krankenhäuser in erreichbarer Entfernung.
- ✱ Die Bekämpfung des Missbrauchs von Organspenden.
- ✱ Die Stärkung von Patientenrechten bei Kunstfehlern.

Das aktuelle Krankenversicherungssystem wird seiner Aufgabe, die medizinische Versorgung aller Bürger zu gewährleisten, zunehmend weniger gerecht. Gleichzeitig wird den Ärzten ein unüberschaubarer Berg an Bürokratie aufgebürdet. Die derzeitige Diskussion um die „Gesundheitsreform“ sorgt für immer mehr Verunsiche-

rung und Ärger bei Versicherten, Ärzten und Kassen. Wir wollen mit unserem Konzept der **Sozialen Gesundheitsversicherung** ein für die Zukunft tragbares System etablieren:

- ✱ Öffentlich-rechtliche Krankenkassen stehen im fairen Wettbewerb neben privaten Krankenversicherungen. Alle Kassen und privaten Krankenversicherungen können bestehen bleiben und die Soziale Gesundheitsversicherung für alle anbieten. Nur wer diese anbietet, kann auch Zusatzversicherungen auf den Markt bringen, die nicht den Regeln der sozialen Gesundheitsversicherung unterliegen.
- ✱ Jeder muss sich krankenversichern und kann sich aussuchen, bei welcher Versicherung – gesetzlich oder privat – er seine Gesundheitsversicherung abschließen möchte. Die Pflichtversicherungsgrenze wird aufgehoben.
- ✱ Die Krankenversicherungen müssen alle Versicherungswilligen ohne Gesundheitsprüfung oder Risikozuschläge akzeptieren.
- ✱ Der Leistungsumfang spiegelt den aktuellen medizinischen Stand der Wissenschaft wider und wird gesetzlich geregelt.
- ✱ Einsparpotential: Versicherungsfremde Leistungen gehören nicht in den Leistungskatalog der Sozialen Gesundheitsversicherung.
- ✱ Die Beiträge werden einkommensabhängig gestuft, d.h. eine soziale Finanzierung findet statt. Die Beitragsbemessungsgrenze wird deutlich angehoben. Dadurch wird die Versicherung auf eine solide finanzielle Basis gestellt.
- ✱ Alle Versicherten erhalten eine Rechnung nach ihrem Arztbesuch, so dass sie genau wissen, was ihre Behandlung gekostet hat.
- ✱ Die Versicherten zahlen den Arzt direkt und erhalten eine zeitnahe Erstattung von ihrer Versicherung. Aber wer finanziell nicht in der Lage ist, auf die Erstattung durch die Krankenversicherung zu warten, kann die Direktzahlung der Versicherung an den Arzt vereinbaren. Dadurch werden die verkrusteten Strukturen der kollektiven Verträge aufgeweicht.
- ✱ Der Gesundheitsfonds wird abgeschafft.

8. BILDUNG - UNSEREN ROHSTOFF FÖRDERN!

Für uns FREIE WÄHLER ist Bildung mehr als die bloße Vermittlung von Wissen. Bildung beginnt im Kleinkindalter und ist ein lebenslanger Prozess. Die Politik muss die geeigneten Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Eine gute Bildungspolitik soll sich am Wohl der jungen Menschen orientieren, sie fördern und fordern, ohne sie zu überfordern. Jedem jungen Menschen stehen gleiche Chancen zu - egal, aus welcher sozialen Schicht er stammt. Bildung muss in das Leben vor Ort eingebettet sein. Unsere Politik bietet deshalb ein durchdachtes Gesamtkonzept für Bildung.

A. FRÜHKINDLICHE BILDUNG STÄRKEN

Frühkindliche Bildung wirkt sich nachhaltig positiv auf die zukünftigen Bildungs- und Lernprozesse unserer Kinder aus und trägt maßgeblich dazu bei, Chancengleichheit zu schaffen. In den ersten Lebensjahren bis zum Schuleintritt wird die Basis für die Entwicklungs- und Bildungschancen unserer Kinder gelegt.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Möglichst gleiche Chancen für alle Kinder für den Start ins Schulleben.
- ✱ Ein gut ausgebautes, kostenfreies Kinderbetreuungs- und Bildungssystem von hoher Qualität.
- ✱ Bundeseinheitliche Richtlinien für Ausbildung von Tagesbetreuerinnen und Betreuer sowie den Betrieb privater Tagesbetreuungseinrichtungen.
- ✱ Bundeseinheitliche Ausbildungszeiten von drei Jahren für Erzieherinnen und Erzieher.
- ✱ Geeignete Angebote im Rahmen der familiären Betreuung sowie in Kindertageseinrichtungen.
- ✱ Ausreichendes, gut ausgebildetes und angemessen bezahltes Personal in den Einrichtungen.

B. SCHULBILDUNG ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN

Wir FREIEN WÄHLER wollen zukunftssichernde Bildungsregionen für unsere Kinder. Dabei geht es uns vor allem um die Qualität des Unterrichts. Um diese zu sichern, brauchen wir mehr und besser ausgebildete Lehrer. Darüber hinaus sollen Sozialpädagogen, Psychologen oder Beratungslehrer an Schulen zum Einsatz kommen. Die Angleichung der bundesweiten Bildungsstandards wollen wir mit dem langfristigen Ziel vorantreiben, die Zersplitterung des Schulsystems zu überwinden und überall in Deutschland gleichwertige Strukturen und Lernbedingungen zu schaffen. Wir FREIEN WÄHLER fordern möglichst kleine Klassen in allen Schularten. Jede Schule muss größtmögliche Freiheit bei der Ausgestaltung ihrer Unterrichts- und Organisationsstruktur haben. Die gemeinsame Grundschulzeit soll erhalten bleiben. Wir fordern die Einführung bundesweiter vergleichbarer Bildungsstandards für alle Schulabschlüsse. Jugendliche sollen beim Übergang von der Schule in den Beruf noch besser begleitet werden.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Eine Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildungspolitik durch eine entsprechende Grundgesetzänderung.
- ✱ Klassengrößen bis maximal 25 Schüler.
- ✱ Eine ideologiefreie Bildungspolitik.
- ✱ Die Schaffung, bzw. den Erhalt anstelle der Zerstörung funktionierender Schulstrukturen.
- ✱ Den Ausbau von Ganztagschulen.
- ✱ Die Umsetzung der Inklusion an Schulen durch ausreichendes und qualifiziertes Personal.
- ✱ Eine Wahlfreiheit zwischen G8 und G9.

C. MEHR ENGAGEMENT IN DER BERUFLICHEN BILDUNG

Wir FREIEN WÄHLER fordern eine deutliche Aufwertung der beruflichen Bildung. Das duale Ausbildungssystem hat sich über Jahrzehnte bewährt. Hervorragend ausgebildete Facharbeiter bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir wollen, dass die berufliche Ausbildung in der Bildungspolitik wieder aus dem Schatten der akademischen Ausbildung hervortritt und deutlich stärker gefördert wird als bisher.

Im Rahmen der beruflichen Erstausbildung sind diejenigen besonders zu beachten, die sich aus verschiedenen Gründen schwer tun, einen Ausbildungsplatz zu finden. Im Bereich der beruflichen Weiterbildung muss vor allem die Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung weiter verbessert werden. Insbesondere soll die Anerkennung beruflicher Abschlüsse an den Hochschulen weiter ausgebaut werden, um das Hochschulstudium für beruflich Gebildete inhaltlich und zeitlich attraktiver zu machen.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Einen höheren Zuschussanteil beim Meister-BAföG, um mehr Anreize für die Weiterbildung zum Meister zu schaffen.
- ✱ Kleinere Klassen und eine bessere fachliche Weiterbildung der Lehrkräfte, auch an beruflichen Schulen.
- ✱ Eine bessere finanzielle Ausstattung der beruflichen Schulen.
- ✱ Lebenslanges Lernen mit guten Bildungsangeboten fördern, um der Altersarmut entgegenzusteuern.
- ✱ Eine optimale Förderung der dualen Ausbildung mit stärkerem Einbezug der Wirtschafts- und Handwerksbetriebe für Lehrstellen.

D. DEN HOCHSCHULSTANDORT DEUTSCHLAND STÄRKEN

Überfüllte Hörsäle, Bewerberansturm, starre Stundenpläne, hohe Lebenshaltungskosten in deutschen Metropolen, unterfinanzierte Hochschulen: Die Studienbedingungen in Deutschland belasten unsere Studierenden mehr denn je. Wir brauchen aber möglichst viele hochqualifizierte und kreative Köpfe für ein bereicherndes gesellschaftliches und politisches Zusammenleben.

Wir setzen uns für die Stärkung der Selbstbestimmung und der demokratischen Mitbestimmung der Studierenden sowie für eine transparente Hochschulpolitik ein. Wir machen uns dafür stark, Hochschulen in Bal-

lungszentren und in ländlichen Gebieten gleichermaßen zu fördern. Zudem bekennen wir uns zur Hochschulautonomie und damit zu Subsidiarität und Wettbewerb.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Ein breit zugängliches und funktionierendes Stipendiensystem.
- ✱ Eine grundlegende Reform des bisher wenig durchschlagigen „Deutschlandstipendiums“.
- ✱ Eine ausreichende BAföG-Förderung, die sich stets an den aktuellen Lebenshaltungskosten und Mietpreisen orientiert.
- ✱ Bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Förderung der Studentenwerke.
- ✱ Die Weiterentwicklung der Bologna-Reform: Mehr Internationalität im Studium ermöglichen; jedes Bachelorstudium sollte ein Auslandssemester beinhalten, wobei dabei die im Ausland erbrachten Studienleistungen an den Universitäten und Hochschulen flexibel angerechnet werden können.
- ✱ Die Wiedereinführung des deutschen Diplom-Ingenieurs und anderer Diplomabschlüsse als akademische Grade.
- ✱ Einen zeitlichen und inhaltlichen Gestaltungsspielraum des Studiums und den Ausbau von Teilzeitstudiengängen.
- ✱ Eine angemessene Bezahlung und Ausstattung unseres Lehrpersonals und des akademischen Mittelbaus.
- ✱ Ein bezahlbares Seniorenstudium.

9. INDIVIDUELLE FREIHEIT ERMÖGLICHEN

Es ist Aufgabe des demokratischen Gesetzgebers, durch verlässliche und gerechte gesetzliche Vorgaben einen Raum der Sicherheit, des Rechts und damit Freiheit des Einzelnen zu schaffen.

A. SICHER LEBEN IN DEUTSCHLAND

Wir FREIEN WÄHLER wollen eine angemessene Balance zwischen bürgerlicher Freiheit und innerer Sicherheit wahren. Unsere Freiheitsgrundrechte sind die Grundlage unserer Staatsordnung; an ihr muss sich jeder staatliche Eingriff messen lassen. Wir sehen die garantierte Freiheit der Bürger aber auch als Herausforderung für jeden Einzelnen, verantwortungsvoll damit umzugehen.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✦ Härtere Strafen bei Gewalt gegen Amtsträger, insbesondere Polizisten.
- ✦ Bessere Rahmenbedingungen für die Sicherheitsbehörden, das heißt: Eine ausreichende Personalausstattung, leistungsbezogene Bezahlung, gute Aufstiegsmöglichkeiten und ausreichend Freizeit zwischen den Einsätzen.
- ✦ Eine bessere Sachmittelausrüstung für unsere Sicherheitskräfte auf dem neuesten Stand der Technik.
- ✦ Mehr Investitionen zur wirksameren Bekämpfung der Cyberkriminalität.
- ✦ Eine intensivere, verbesserte und länderübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und des Verfassungsschutzes.
- ✦ Die konsequente Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus, egal ob von rechts oder links oder religiös motiviert.
- ✦ Die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit unserer Justiz- und Polizeibehörden mit denen der EU-Mitgliedstaaten.
- ✦ Eine effektivere Bekämpfung der Geldwäsche und organisierter Kriminalität.

- ✱ Verstärkte Maßnahmen gegen den internationalen Drogenhandel.
- ✱ Eindämmung der Kriminalität durch Prävention vor allem im Vorfeld durch Bildung und Werteerziehung, besonders im Bereich der Jugendarbeit.

B. FÜR EINE UNABHÄNGIGE UND WOHNORTNAHE JUSTIZ

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, dass der Rechts- und Justizstandort Deutschland gestärkt wird. Wir erachten das Vertrauen der Bürger in die Unabhängigkeit der Justiz als eines der wichtigsten Güter in unserem Rechtsstaat. Sie gilt es unbedingt zu erhalten. Unsere Justiz schafft verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen, die wichtig für unsere Wirtschaft aber auch für ausländische Investoren sind. Diese Standortvorteile durch „Law Made in Germany“ wollen wir fortentwickeln. Die vorgesehenen Strafmaße für bestimmte Straftaten, zum Beispiel gegenüber Kindern, halten wir für unzureichend und überarbeitungswürdig.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Eine schnelle und unbürokratische Betreuung und Entschädigung von Opfern.
- ✱ Eine Ausweisung von schwer oder wiederholt straffälligen Ausländern.
- ✱ Ein Warnschussarrest für Wiederholungstäter bei sogenannten Bagatelldelikten.
- ✱ Eine deutliche Erhöhung des Strafmaßes bei Straftaten gegenüber Kindern.
- ✱ Ein Ende der Privilegierung von Heranwachsenden zwischen 18 und 21 Jahren im Jugendstrafrecht bei schweren Straftaten zum Schutze der Allgemeinheit.
- ✱ Die Unabhängigkeit der Justiz und ein Ende politischer Einflussnahmen auf staatsanwaltschaftliche Entscheidungen.
- ✱ Eine wohnortnahe Justiz, denn die Einrichtungen der Rechtspflege müssen den Bürgern flächendeckend zur Verfügung stehen.
- ✱ Eine bessere Personal- und Sachmittelausstattung, weil der Anspruch des Bürgers auf die Gewährung effektiven Rechtsschutzes nicht gefährdet sein darf.

- ✦ Die eigenständige Verwaltung und Verantwortung der Justiz in finanzieller und organisatorischer Hinsicht.
- ✦ Die Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der Richterschaft bei Personalentscheidungen und ein Ende der Einflussnahme durch die Politik.
- ✦ Die Gewährleistung der Sicherheit in unseren Justizbehörden durch mehr Justizwachtmeister.

C. DIE FREIHEIT UND DEZENTRALITÄT DES INTERNETS SICHERN

Wir Freien Wähler setzen uns für den Erhalt der Freiheit und Dezentralität des Internets ein. Die zunehmende Bedeutung der Informations- und Telekommunikationstechnologien führt stets zu neuen Verfahren und Gewohnheiten im Zusammenleben der Menschen. Hieraus erwächst der Bedarf für eine Überprüfung, Anpassung und Fortentwicklung bestehender Rechtsgrundlagen, aber auch der allgemeinen politischen Gestaltung des Lebens in der digitalen Gesellschaft. Unsere Netzpolitik stellt die Vorteile des Internets in den Vordergrund. Es ist unser erklärtes Ziel, seine Potenziale für unsere Gesellschaft nutzbar zu machen. Zugleich weisen wir aber auf die politischen Herausforderungen hin.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✦ Zugang zum breitbandigen Internet als Daseinsvorsorge. Durch Glasfaser-Ausbau müssen mittelfristig allen Bürgern in Deutschlands Zugang zu mindestens 50 Mbit/s ohne Geschwindigkeitsdrosselung zugesichert werden.
- ✦ Kostenfreies W-LAN in öffentlichen Bereichen der Städte und Gemeinden.
- ✦ Den Erhalt der Freiheit des Internets. Netzsperrern, die Nutzer von der digitalen Gesellschaft ausschließen, lehnen wir ab.
- ✦ Eine klare rechtliche Regelung für staatliche Eingriffe und Kontrollversuche, z.B. durch Software- und Telekommunikationsüberwachung. Wir fordern daher „Trojaner-Gesetze“ für Bund und Länder, um klare Regeln für den Einsatz der Spionage-Software einzuführen.
- ✦ Einen umfassenden Schutz personenbezogener Daten im Internet durch zeitgemäße und wirksame datenschutzrechtliche Regelungen, denn Datenschutz ist Grundrechtsschutz. Die Bürger müssen ohne großen Aufwand ihre Verbraucherrechte überblicken können.

- ✦ Ein Ende unkontrollierter Datenerhebungen der Bürger, zum Beispiel in sozialen Netzwerken oder bei Geodatendiensten.
- ✦ Ein Verbot für Behörden, personenbezogene Daten ohne Einwilligung der Betroffenen an Dritte weiterzugeben.
- ✦ Eine drastische Reglementierung des „Profiling“ und „Trackings“ auf Basis personenbezogener Daten.
- ✦ Keine Weitergabe personenbezogener Daten an Drittländer, die keine europäischen Datenschutzstandards aufweisen.
- ✦ Die Gewährleistung höchster Datenschutzstandards bei der Konstruktion (Privacy by Design) und den Standardeinstellungen (Privacy by Default) von Hardware.
- ✦ Eine effektive Weiterentwicklung, eine angemessene Personal- und Sachmittelausstattung und eine Gewährleistung der Unabhängigkeit der Stiftung Datenschutz.
- ✦ Mehr Engagement im Bereich der Cybersicherheit, um Phishing, Malware und Hacker-Angriffe effektiver einzudämmen.
- ✦ Das „Quick-Freeze-Verfahren“ für die Speicherung von Telekommunikationsdaten verdächtiger Personen nach richterlichem Beschluss.
- ✦ Klare Regelungen des Urheberrechts im Internet, um Rechtssicherheit zwischen Rechteinhabern, Verwertern und Nutzern herzustellen.
- ✦ Eine bessere Gewährleistung des Jugendschutzes im Internet.
- ✦ Das Recht auf Vergessen im Internet.
- ✦ Eine Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen, zum Beispiel durch gezielte Netzerziehung, das heißt Vermittlung von Datenschutz und Datensicherheitskompetenzen, an Schulen.

D. KULTUR UND MEDIENVIELFALT IN DEUTSCHLAND STÄRKEN

Eine bunte Medienlandschaft garantiert Meinungsvielfalt. Der Erhalt von lokalen Fernseh- und Radiosendern sowie Zeitungen ist von entscheidender Bedeutung für alle Regionen. Sie sind die Berichterstatter des lokalen

und regionalen Geschehens in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Sport, die beim Bürger vor Ort auf hohe Akzeptanz stoßen und die Identifikation der Bewohner mit ihrer Region und ihrer Heimat stärken.

Wir FREIEN WÄHLER wollen Kunst und Kultur aktiv pflegen und fördern und damit Tradition und Brauchtum bewahren und die geistigen Werte unserer Heimat für nachfolgende Generationen sichern. Dazu zählen der Erhalt und die Pflege von Baudenkmälern wie Schlösser und Burgen, Museen und Galerien, Schauspiel- und Lichtspielhäuser, Orchester und Musikvereine sowie Bibliotheken und Archive.

Für uns kommt dabei den Kommunen eine tragende Rolle zu. Gerade sie sind gefordert, Kunst und Kultur zu fördern. Kulturelle Identität ist die Voraussetzung dafür, dass Bürger aktiv und kritisch am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen.

Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist eine florierende Kultur- und Kreativwirtschaft. Neben der Förderung neuer Geschäftsmodelle bedarf es dabei unterstützende Maßnahmen im Bereich der Kompetenzentwicklung, Kapitalbeschaffung und Erschließung neuer Märkte.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Den Erhalt von Informations- und Bildungsangeboten durch die öffentlich-rechtlichen Medien.
- ✱ Weniger Gewaltdarstellungen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen.
- ✱ Eine Stärkung der regionalen Rundfunk- und Fernsehsender.
- ✱ Völlige Transparenz bei der Mittelverwendung der Rundfunkbeiträge.
- ✱ Eine stärkere Kontrolle der GEMA und die Pflicht, jährlich einen Transparenzbericht zu veröffentlichen.
- ✱ Die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Kultur- und Kreativwirtschaft.
- ✱ Eine regionalisierte Kulturpolitik und eine dezentrale Entscheidungskompetenz.
- ✱ Den Erhalt der kulturellen Vielfalt und Brauchtum in Deutschland in den einzelnen Regionen.

E. VERBRAUCHERSCHUTZ STÄRKEN, LEBENSMITTELSKANDALE VERHINDERN

Das Ziel unserer Verbraucherschutzpolitik ist der gut informierte und mündige Bürger. Damit jeder zu seinem Recht kommt, setzen wir FREIEN WÄHLER uns für transparente Verfahren und klare, unbürokratische Regelungen ein. Der Staat muss einen geeigneten Rechtsrahmen für Verbraucherrechte schaffen und für eine effektive Durchsetzung sorgen.

Die regionale Lebensmittelproduktion muss gefördert werden, denn nur vor Ort hergestellte Lebensmittel können dazu beitragen, die Risiken globalisierter Produktions- und Handelswege abzumildern.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✱ Die Abwendung weiterer Lebensmittelskandale durch eine verstärkte Regionalisierung in der Lebensmittelproduktion. Lebensmittel aus der Region erleichtern einen nachhaltigen und klimafreundlichen Konsum, verkürzen Transportwege und ermöglichen eine erheblich leichtere Rückverfolgung.
- ✱ Verstärkte Lebensmittelkontrollen und eine bessere länderübergreifende Zusammenarbeit beim Verbraucherschutz.
- ✱ Eine bundesweite Angleichung des Verbraucherschutzes der Länder und eine Stärkung des Verbraucherschutzes auf europäischer Ebene.
- ✱ Eine klare Lebensmittelkennzeichnung und bessere Verbraucherinformationen.
- ✱ Eine deutlichere Kenntlichmachung gentechnisch veränderter Produkte.
- ✱ Ein verbraucherfreundliches Kündigungsrecht im Internet: Verträge, die online zu Stande kamen, müssen auch online gekündigt werden können.
- ✱ Das Verhindern von Monopolen und dem Missbrauch von Marktmacht durch Verschärfung des Kartellrechts und die konsequente Nutzung der kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht, vor allem im Energie- und Mineralölsektor.
- ✱ Eine Stärkung von Verbraucherrechten bei zahlungsunwilligen Versicherungen.
- ✱ Eine bessere finanzielle Ausstattung des Verbraucherschutzes der Länder.

10. EIN STARKES EUROPA DER BÜRGER UND REGIONEN IN DER WELT

A. EIN PLÄDOYER FÜR EINE REFORM DER EUROPÄISCHEN UNION

Deutschland liegt im Herzen der Europäischen Union. Wir FREIEN WÄHLER bekennen uns ausdrücklich zu unserem Friedenswerk, das uns Freiheit, Sicherheit, Wohlstand, Mobilität und Raum zur Selbstverwirklichung bietet. Zugleich sehen wir aber Reformbedarf, um das Europa der Zukunft demokratischer, transparenter, handlungsfähiger und menschlicher zu machen. Deshalb werden wir auch weiterhin technokratischen Vorschlägen, Überlegungen und Entscheidungen aus Brüssel, wie die Liberalisierung unserer Daseinsvorsorge oder das Verbot unserer Einheimischenmodelle, entschieden entgegenzutreten.

Europa darf nicht länger ein Elitenprojekt sein, sondern muss von seiner Basis getragen werden: Von den Bürgern in den Kommunen und Regionen. Doch rund 70 Prozent der Menschen beklagen, sie verstünden Europa nicht. Die politische Elite in Brüssel hat ein eklatantes Erklärungs- und Deutungsdefizit, das für den abnehmenden Zuspruch zu Europa bei den Bürgern verantwortlich ist. Wir wollen dieses schwerwiegende Problem mit gesundem Menschenverstand in Angriff nehmen und die kommende EU-Reform mit folgendem Dreipunkte-Plan aktiv gestalten:

Die Legitimationsfrage der Europäischen Union klären: Ein Europa der Bürger braucht eine starke Volksvertretung, die in alle wichtigen Entscheidungsprozesse miteinbezogen wird. Insbesondere muss das Europaparlament die Mitsprache auf politische Schlüsselbereiche, wie Fragen über die gemeinsame Währung, die Bereiche des Euratom-Vertrags sowie die Beratung und Verhandlung über internationale Abkommen der EU ausgeweitet werden. Wir wollen ein Initiativrecht für das Europäische Parlament und eine angemessene Repräsentation der Wähler. Europa braucht aber zugleich mehr direkte Demokratie: Die politischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger müssen weiterentwickelt werden.

Der Grundsatz der Subsidiarität muss künftig noch deutlicher Anwendung finden. Wir brauchen hierfür einen stärkeren Ausschuss der Regionen, den wir neben EU-Ministerrat und Europäischem Parlament zur gleichberechtigten dritten Kammer fortentwickeln wollen. Nur durch Mitsprache und Zustimmung der Gebietskörperschaften kann gewährleistet werden, dass europäische Politik von den Bürgern vor Ort akzeptiert wird. Zuständigkeiten der Europäischen Union müssen in diesem Zusammenhang künftig auch regelmäßig überprüft werden.

Die Transparenzfrage klären: Entscheidungen der EU müssen für die Bürger nachvollziehbar gemacht werden. Es liegt dabei auch in der Verantwortung der nationalen Politiker, Gründe für eigenes politisches Versagen nicht auf Brüssel zu schieben, positive Entwicklungen der EU angemessen zu würdigen und den Bürgern

mitzuteilen. Europäisches Recht muss vereinfacht werden, politische Entscheidungen und Informationen der Europäischen Institutionen leicht abrufbar sein und durchwegs in allen Amtssprachen kommuniziert werden.

Eine klare und berechenbare Führungsstruktur in Europa schaffen: Das Machtverhältnis zwischen dem Präsidenten des Europäischen Rates, dem Kommissionspräsidenten, der Hohen Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik, dem Euro-Gruppenchef und dem Ministerratspräsidenten bedarf einer Klärung und erfordert eine Reduzierung des Spitzenpersonals auf weniger, aber dafür handlungsfähigere Ämter. Ebenso muss die Kommission drastisch verkleinert werden. Die Einflussnahme des Europäischen Rates auf die unabhängig handelnde und nur den Verträgen verpflichtete Kommission muss beendet werden.

Deutschland ist der bevölkerungsreichste Mitgliedstaat der Europäischen Union. Damit tragen wir eine große Verantwortung für den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Gemeinschaft. Wir wollen uns konstruktiv und engagiert an der Reform des Friedensprojekts beteiligen, um das gegenwärtig weitgehend orientierungslose Europa auf eine neue, tragfähige und bürgernahe Basis zu stellen.

Wir Freien Wähler stehen für:

- ✦ Ein Ende der EU als Elitenprojekt: Einen Konvent unter breitem Einbezug der europäischen Zivilgesellschaft muss Ideengeber für die nächste EU-Reform sein.
- ✦ Bundesweite Volksabstimmungen zu wichtigen Fragen zur Zukunft Europas, wie Vertragsänderungen.
- ✦ Die Weiterentwicklung der Europäischen Bürgerinitiative, um zum Beispiel künftig auch Volksentscheide auf europäischer Ebene zu ermöglichen.
- ✦ Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten: Jedes Land muss in regelmäßigen Abständen entscheiden können, wie viel „Europa“ es will.
- ✦ Eine strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips auf allen Stufen des europäischen Mehrebenensystems sowie eine klarere Zuständigkeitsregelung für die EU, den Bund, die Länder und Kommunen.
- ✦ Ein Europa der Bürger und Regionen anstelle eines Superstaats.
- ✦ Ein transparenteres Europa für mehr Bürgernähe und Akzeptanz.
- ✦ Die Stärkung des Europäischen Parlaments, insbesondere durch Etablierung eines Initiativrechts für diese Kammer.

- ✦ Die Verkleinerung des Europaparlaments auf 600 Sitze und die Auflösung des unsinnigen und teuren zweiten Sitzungsorts in Straßburg.
- ✦ Eine weitere Aufwertung des Ausschusses der Regionen. Seine Einspruchsrechte in Subsidiaritätsfragen wollen wir stärken, seine Weiterentwicklung zur dritten Kammer neben Ministerrat und Europäischem Parlament vorantreiben.
- ✦ Die künftige Benennung und Wahl der EU-Kommissare durch das EU-Parlament gemeinsam mit dem Ausschuss der Regionen.
- ✦ Die Begrenzung der EU-Kommission auf 10 Mitglieder.
- ✦ Die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und damit des Vertrauens in das Handeln der Europäischen Zentralbank.
- ✦ Einen starken und emanzipierten Bundestag, der seine Rechte, wie das Prüfungsrecht über die Frage, ob Brüssel oder nicht doch Bund und Länder bei Gesetzesvorhaben zuständig sind, angemessen wahrnimmt.
- ✦ Eine ideologiefreie Debatte über die Erweiterung der EU. Die Erfüllung politischer und wirtschaftlicher Kriterien der Beitrittskandidaten muss ebenso Voraussetzung sein wie das Bestehen der weiteren Aufnahmefähigkeit, um die Konsolidierung der Union nicht zu gefährden. Deshalb sind wir gegenwärtig für einen vorübergehenden Stopp der Aufnahme weiterer Beitrittskandidaten.
- ✦ Eine effektivere und intensivere Kohäsionspolitik auf europäischer Ebene, um Folgewirkungen aus ungleichen wirtschaftlichen Entwicklungen abzufedern und damit den Standort Europa international wettbewerbsfähig zu halten und nachhaltiges Wachstum zu sichern.
- ✦ Eine sachgerechte Mittelausstattung des EU-Haushalts.
- ✦ Die Weiterentwicklung des Konzepts der Makroregion, um regionale grenzübergreifende Kooperationen zu erleichtern, den territorialen Zusammenhalt nachhaltig zu stärken und Herausforderungen der Zukunft wirkungsmächtig auf regionaler Ebene begegnen zu können.
- ✦ Eine Stärkung der kulturellen Vielfalt in Europa. Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung der deutschen Sprache als meistgesprochene Muttersprache in Europa ein.

B. DEUTSCHE AUßENPOLITIK MIT VERANTWORTUNG

Wir FREIEN WÄHLER gehen die außenpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts an. Die Verantwortung Deutschlands in der Weltpolitik ist in den vergangenen 20 Jahren drastisch gestiegen. Dieser Verantwortung wollen wir als europäische Zivilmacht durch eine solide, friedliche und vor allem berechenbare Außenpolitik gerecht werden.

In einer multipolaren Welt wachsen die internationalen Anforderungen an eine Außenpolitik der Werte und Verantwortung. Wir halten daher den Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Gewährleistung der Freiheit, der Demokratie, des Rechtsstaats und der Menschenrechte in der Welt für die Basis unseres Handelns in den internationalen Beziehungen. Wir sehen Außenpolitik als friedliches Mittel zur Bewältigung der akuten globalen Herausforderungen, von der Bekämpfung des Klimawandels, des Hungers in der Welt, der Ressourcensicherheit, wie Energie, Rohstoffe und Wasser, bis hin zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Wir sind der Überzeugung, dass deutsches außenpolitisches Engagement stets multilateral eingebettet sein muss. Daher befürworten wir das deutsche Engagement in internationalen Organisationen, wie UNO, NATO und WTO, um globale Probleme durch kollektives Handeln sinnvoll lösen zu können.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- ✦ Die aktive Mitgestaltung der Globalisierung.
- ✦ Die Förderung internationaler Städtepartnerschaften, die Kommunen und damit die Bürger vor Ort weltweit miteinander vernetzt.
- ✦ Eine Überprüfung deutscher Entwicklungshilfe. Sie muss stärker dazu dienen, zielgerichteter Wirtschafts-, Bildungs-, und Sozialstrukturen vor Ort in der Dritten Welt aufzubauen.
- ✦ Die Zusammenlegung des Auswärtigen Amtes mit dem Ministerium für Entwicklungshilfe.
- ✦ Die Fortentwicklung alter Bündnisstrukturen: Die transatlantische Partnerschaft sowie die engen deutsch-französischen Beziehungen sollen auch weiterhin eingebettet im europäischen Rahmen die Basis unserer außenpolitischen Orientierung sein.
- ✦ Eine Ausweitung der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.
- ✦ Den globalen Frieden durch Unterstützung unterdrückter Völker, den Einsatz für Menschenrechte und das Löschen der Krisenherde mit diplomatischen Mitteln.

- ✚ Eine Unterstützung sich neu entwickelnder Demokratien in ihrem Transformationsprozess.
- ✚ Die Unterstützung der sich demokratisierenden Länder des Arabischen Frühlings ohne Bevormundung, sondern durch konstruktive Förderungen und Hilfestellungen.
- ✚ Die Entscheidung durch den Bundestag und nicht durch den Bundessicherheitsrats über die Erlaubnis von Waffenexporten in bestimmte Länder.
- ✚ Eine stetige Anpassung der Struktur der Bundeswehr an die Erfordernisse einer modernen Einsatzarmee.
- ✚ Die Fortentwicklung der NATO als transatlantische Werte-, Interessen- und Solidargemeinschaft für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.
- ✚ Zurückhaltung bei der Beteiligung an friedenserhaltenden oder friedensschaffenden Einsätzen. Wir streben dabei ein solidarisches Zusammenwirken mit Partnern auf Basis von Beschlüssen der EU oder des UN-Sicherheitsrats an.
- ✚ Eine stärkere europäische Abstimmung der Interventionen in Krisengebieten an unserer Peripherie: Das Amt der Hohen Repräsentantin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik muss für diese wichtige Koordinierung gestärkt werden.

Wir sind bereit, die Zukunftsfragen der Bundesrepublik Deutschlands
gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu beantworten.

Nutzen Sie Ihre Chance und unterstützen Sie uns am 22. September mit Ihrer Stimme.

*Wählen Sie **FREIE WÄHLER.***

